



Spandauer Stachel

ZEITUNG DER ALTERNATIVEN LISTE SPANDAU

Extra Nr. 1 2012

Es geht nicht um die Energiewende - es geht darum, wer daran verdient

In der Diskussion um die Strompreise und EEG-Umlage (Erneuerbare-Energien-Gesetz) werden derzeit viele Nebelkerzen geworfen, Ursache und Wirkung, sowie Interessen werden möglichst verschleiert. Vattenfall erhöht seine Energiepreise um 13%!

Zunächst einmal muss man festhalten, dass die Strompreise steigen werden, egal ob wir die Energiewende vorantreiben oder ob die Bundesregierung sie ausbremst. Denn der Kraftwerkspark ist schon lange hoffnungslos veraltet und muss in den nächsten Jahren ohnehin schrittweise ersetzt werden. Das wird teuer, egal ob dann neue Windräder und Gaskraftwerke oder aber neue Kohlekraftwerke gebaut werden. Beim Stromnetz sieht es ähnlich aus: Über die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Erneuerung wurde schon lange diskutiert, bevor der Begriff Energiewende überhaupt gängig war. Geschehen ist seither wenig und das ist auch kein Zufall: Die vier großen Energiekonzerne haben bis zuletzt auf lange Laufzeiten alter abgeschriebener Dreckschleudern gesetzt und daher auch kein Interesse an einem flexibleren Stromnetz gehabt.

Nun werden die Ausbaukosten ausschließlich den erneuerbaren Energien angelastet – eine sehr unredliche Argumentation. Die Rohstoffe Kohle, Gas, Öl und Uran werden weltweit immer teurer und sind auch in der Vergangenheit voll an den Stromkunden weitergegeben worden. Die Gewinne der Konzerne stiegen ständig und die Folgekosten für die Umweltschäden gingen größtenteils zu Lasten des Steuerzahlers.

Das Vertrauen der Konzerne in die Politik, dies auch weiterhin durchsetzen zu können, führte dazu, dass die vier großen Energieversorger in Deutschland

EON, RWE, EnBW und Vattenfall nur 6,5% Anteil an den erneuerbaren Energien besitzen. Private Einzelpersonen haben einen Anteil von 40%, Landwirte 11%, den Rest Genossenschaften, Firmen, Fonds etc.. Je schneller der Anteil der erneuerbaren Energien an die Gesamtproduktion steigt, desto schwerer wird es für die Konzerne, ihren Rückstand

die erneuerbaren Energien zum festen Preis ins Stromnetz eingespeist werden dürfen. Damit die Preise eben nicht endlos steigen, wird die Förderung bei Erreichen festgelegter Kapazitätsmengen abgesenkt. Man ist richtigerweise davon ausgegangen, dass bei höheren Marktanteilen die Produktionskosten z.B. der Solarzellen sinken und die Förderung daher immer geringer werden kann.

Tatsächlich betrug der Anteil der reinen Förderkosten in der EEG-Umlage 2012 lediglich 2,07 ct./kWh, (2013=2,26 ct.). Wie kommen denn nun die 5,2 ct für 2013 zustande?

2011 stieg die Gesamtvergütung um knapp 30%, die EEG Umlage stieg um 70%, was ist denn da los?

Ab 2010 wurde die Berechnungsgrundlage des EEG geändert, die erhebliche und zweifelhafte Kosten verursacht - und das wurde von den gleichen schwarzgelben Politikern beschlossen, die das jetzt zu teuer finden.

Durch die Ausgleichsmechanismusverordnung (AusgleichMechV) wurden die erneuerbaren Energien an der Strombörse vermarktet. Die Folge: Je mehr sich erneuerbare Energien preissenkend auf die Strombörsenpreise auswirken, umso höher wird die EEG-Umlage. Dies schlug 2012 mit 0,53ct (2013 = 0,69ct.) zu Buche. Hinzu kommt, dass von den günstigeren Börsenpreisen nicht der Kleinkunde profitiert, sondern Stromhändler und ausgerechnet Firmen mit hohem Energieverbrauch, die von der EEG-Umlage befreit sind. Die Industrieausnahmen, von 813 auf 2083 Betriebe ausgeweitet, verteuern

Fortsetzung Seite 2



Nutzung von Wasserkraft

Foto: Olaf Oliviero Riemer

aufzuholen.

Die „Erneuerbare Energie in Bürgerhand“ führt durch das EEG langsam aber sicher zum Strukturwandel, zur Demokratisierung der Stromwirtschaft.

Für die Konzerne gilt es nun Zeit zu gewinnen und vor allen aber ihre Monopolstellung zu verteidigen, die erstmals bedroht ist. Voraussetzung dafür ist die Abschaffung oder zumindest die Verwässerung des EEG. Um das erreichen zu können, muss der gute Ruf der erneuerbaren Energien ruiniert werden und schon wird überall debattiert: Die Kosten werden ins Unermessliche steigen und uns alle ruinieren.

Stimmt das? Das EEG sorgt dafür, dass

Eine Publikation von

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN



Es geht nicht um die Energiewende -

die Umlage um 0,96ct (2013=1,29ct.), eine Marktprämie um 0,03ct (2013=0,69ct).

In der zukünftigen Umlage steigen die Förderkosten auf 2,26 ct, ein eher



Blockheizkraftwerk in der Wasserstadt

bescheidender Anstieg von 10%. Alle anderen Kostenfaktoren steigen um mehr als 30%. Besonders unangenehm ist die „Nachholung“ für das Jahr 2012, die schlägt mit 0,69 ct zu Buche. Ebenso neu ist eine „Liquiditätsreserve“ von 0,13 ct. Beide Faktoren sind der willkürlich oder aus politischen Gründen zu niedrig angesetzten EEG-Umlage für 2012 geschuldet.

Während die Solarstromvergütung in drei Jahren um 61% gekürzt wurde, ist die Offshorevergütung im gleichen Zeitraum auf 15-19 ct. fast verdoppelt worden und führt wiederum zur Erhöhung der EEG-Umlage. Gleichzeitig wurden die Netzanschlussrisiken dieser Anlagen auf die Verbraucher abgewälzt.

Welch ein Zufall, dass der Offshorezuschuss ausschließlich Projekten der vier großen Energiekonzernen zugute kommt.

Dies alles ist sicher auch unserem Umweltminister Altmaier bekannt, aber was wird daraus gemacht? Seine Stellungnahmen zum EEG berücksichtigen deutlich die Belange des Wirtschafts- und Finanzministeriums. Seine neuesten Vorschläge zum EEG wurden seit geraumer Zeit durch den energiepolitischen Sprecher der CDU angekündigt, die Formulierung, dass die „zeitliche und quantitative Ausbauziele für die Erneuerbaren Energien gesetzlich festgelegt werden“ gilt als Akzeptanz bzw. Bestätigung einer Deckelung der Ausbauziele für die Photovoltaik und mit großer Wahrscheinlichkeit wird dies auch für die Windenergie zum tragen kommen. Das heißt zusammengefasst nichts anderes, als dass der Ausbau der Erneuer-

baren Energien gedeckelt werden soll.

Hierzu zwei Zitate aus dem Arbeitspapier „10 Punkte für eine Energie- und Umweltpolitik mit Ambition und Augenmaß“.

„Die Umsetzung der Energiewende muss aber in jedem Augenblick **volkswirtschaftlich verantwortlich** und damit **bezahlbar** sein, da sie ansonsten ihre eigene Basis untergraben und zerstören würde. Dazu gehört auch, dass die Energiepreise in Deutschland sich nicht von denen unserer hauptsächlichlichen Wettbewerber in anderen Ländern gravierend und dauerhaft entkoppeln dürfen. Die Energiewende hat eine **soziale Komponente**, die darin besteht, dass in ihrer Folge keine schwerwiegenden sozialen Verwerfungen und Einkommensverschiebungen stattfinden dürfen.“

Sehr schön formuliert ist „**volkswirtschaftlich verantwortlich** und damit **bezahlbar**“. Vergleicht man die Strompreise der EEX (European Energy Exchange), so ist seine Sorge verständlich. Der IWR (Institut der Reg. Energiewirtschaft) schrieb am 5. 9. 12 „Etwas höher als in Deutschland ist der Börsenstrompreis derzeit im Marktgebiet Frankreich - ungeachtet der unveränderten Nutzung von Atomenergie im Nachbarland. Dort kostete die kWh Base Load im August 2012 im Schnitt 4,53 Cent. Der durchschnittliche Peak Load-Preis lag bei 5,31 ct./kWh.“ Selbstverständlich hat der Börsenstrompreis wenig mit den Strompreisen gemein. Steuern und andere Abgaben müssen noch berücksichtigt werden. Der Durchschnittliche Strompreis für Kleinverbraucher liegt im Schnitt bei 25,65 ct (BDEW, BEE).

Ohne Zweifel ist die EEG-Umlage (5,2 ct) für 2013 eine nicht zu unterschätzende Größe, zumal es genügend Haushalte mit schmalen Einkommen gibt. Nicht nachvollziehbar ist jedoch die Entlastung vieler Unternehmen, die über ein beträchtliches Einsparpotential verfügen. Eine im internationalen Wettbewerb stehende Firma reduzierte ihren Energieverbrauch

um 29 % und die Kosten um 327.000 Euro. Eine Runderneuerung der Wärmeversorgung in allen Werken rundete das Gesamtkonzept ab. (<http://www.harting.de/presse-news/press-news/detail/article/harting-kgaa-erhaelt-in-berlin-internatio-002141/>). Für alle die an einer Vertiefung des Themas Interesse aufbringen eine ergänzende Quelle: <http://www.iwr.de/news.php?id=22205>.

Einen vergleichbarer Ansatz steht z.B. einer Hartz-IV Familie nicht zur Verfügung. Durch einen Energieberater wurde eine Reduktionsmöglichkeit von 2.400 kWh/Jahr auf 1.700 kWh/Jahr ermittelt, d. h. neuer Kühlschrank, Energiesparlampen, etc. Trotz Erhöhung des Hartz-IV-Satzes auf 384 Euro wird es nicht ausreichen.

Das Problem liegt in der zunehmend abnehmenden Kaufkraft der Leistungs- und Niedriglohneempfänger (die Berücksichtigung der Inflation bei der Berechnung der Hartz-IV-Sätze, würde z. B. das Einkommen eines Hartz-IV-Empfänger auf 429 Euro im Monat anheben). Wird darüber hinaus noch der zu niedrige Ansatz von 24 Euro/Monat für Energiekosten berücksichtigt, so ist eine „Energiearmut“ vieler Haushalte vorprogrammiert. Selbstverständlich gehören Betrachtungen dieser Art nicht in das Ressort eines Umweltministers. Der Finanzminister wird über den Lösungsvorschlag von Herrn Altmaier zum Thema „Energiearmut“ ver-



Verwaltung in der Puschkinallee

Foto: Stachel

mutlich sehr begeistert sein.

Dabei gäbe es Maßnahmen, die Geringverdienern wirklich helfen würden:

- Der tatsächliche Preisanstieg müsste bei Hartz-IV und Wohngeld berücksichtigt werden.

- Bei der Stromsteuer könnte ein Grundfreibetrag eingeführt werden, durch den z. B. die ersten 1000 kWh im Jahr von der Steuer befreit werden.

- Mit einer staatlichen „Abwrackprämie“ könnte Geringverdienern die Anschaffung stromsparender Geräte erleichtert wer-

Fortsetzung Seite 3

es geht darum, wer daran verdient



Kraftwerk Reuter

den. Im Gespräch sind etwa 150 Euro pro Spar-Gerät. Wenn die Hälfte der 7,5 Millionen armutsgefährdeten Haushalte dies nutzen würde, lägen die Kosten bei 560 Millionen Euro und würde auch die Wirtschaft ankurbeln.

Der Preis der Energiewende lässt sich nicht an den reinen Förderkosten der erneuerbaren Energien ablesen, da ihre positive Wirkung auf das Klima nicht in Rechnung gestellt wird. Auch der volkswirtschaftliche Nutzen, weil weniger Kohle und Gas importiert werden müsste, taucht nicht auf.

Warum erscheint die Energiewende trotzdem in der Öffentlichkeit als unbezahlbar?

Neben der FDP hat daran die „Initiative Neue soziale Marktwirtschaft“ (INSM) einen erheblichen Anteil. Die INSM ist eine Lobbyorganisation mit einem 8,32 Mio. Euro Jahresetat, die die Interessen der Wirtschaft mit Hilfe großer Werbeagenturen, Gutachten, und Experten vertritt. Wissenschaftlich „begleitet“ wird die INSM z. B. durch das Institut der deutschen Wirtschaft IW oder anderen wirtschaftsfinanzierten Instituten (z.B. RWI). Kampagnenziele werden durch die Initiative definiert - durch die Experten der wirtschaftlichen Institute nach äußerem Anschein „unabhängig“ und „wissenschaftlich abgesichert“ - und anschließend für die Medien aufbereitet.

Dadurch sollen die Kampagnenziele der Auftraggeber von der Öffentlichkeit übernommen, zumindest aber als „alternativlos“ akzeptiert werden. Für Journalisten, TV-Redaktionen, Leser und Zuhörer ist dies kaum als Lobbyarbeit erkennbar, sondern wird als unabhängige „neutrale Information“ gewertet.

Seit Juli 2012 ist der Vorsitzende des Kuratoriums der INSM Wolfgang Clement,

der Aufsichtsrat von RWE ist und auch Senior Advisor bei der PR-Agentur „Deekeling Arndt Advisors“, die bereits die Kampagne zur Vorbereitung der Laufzeitverlängerung der AKWs medial vorbereitet hat.

Im September wurde eine INSM-Kampagne zur Abschaffung des EEG und Einführung des Quotenmodells gestartet. Die Analyse: Die EEG-Umlage ist Indikator für

Foto: Stachel

die Akzeptanz der Energiewende, dort muss also angegriffen werden. Viele der bekannten Aussagen - die Erneuerbaren Energien seien zu teuer - finden sich dort wieder. Einkommensschwache sollen gezielt gegen die Energiewende ausgespielt werden. „Wer die Energiewende retten will, muss deren Ausbau verlangsamten“. Demgegenüber wird das Quotenmodell als billig dargestellt, tatsächlich würde der Ausbau der Erneuerbaren dadurch aber faktisch zum Erliegen kommen. Großbritannien wechselt vom Quotenmodell zum EEG-Modell mit der Begründung, das bisherige Modell sei zu teuer und ineffektiv.

Beim Quotenmodell setzt der Staat eine bestimmte Menge an Strom aus Erneuerbaren Energien fest, die bereitgestellt werden muss. Die Einhaltung der Mengenvorgaben wird durch die Vergabe von Zertifikaten kontrolliert, die gehandelt werden können. Da Markt- und Handelspreise für Zertifikate schwanken, bleibt die Planungssicherheit für Anlagenbetreiber gering. Kapitalgeber zögern daher, neue Anbieter zu unterstützen, so dass in der Regel nur kapitalstarke, etablierte Marktteilnehmer (also wieder EON, RWE, Vattenfall, EnBW) Investitionen in Anlagen Erneuerbarer Energien riskieren. Hinzu kommt, dass Investoren durch ihre Planungsunsicherheit wegen der instabilen Strom- und Zertifikatspreise Risikoaufschläge verlangen, die sie an den Kilowattstundenpreis weitergeben. Der Markt wird also wieder den Konzernen überlassen, die weiterhin ihre abgeschriebene Großkraftwerke ma-

ximal laufen lassen wollen. Wie wahrscheinlich ist da eine Energiewende?

Untersuchungen der Beratungsgesellschaft Ernst&Young aus dem Jahr 2011 haben gezeigt, dass feste Einspeisetarife für Erneuerbare Energien in puncto Kosteneffizienz, Anwendbarkeit und Akteursvielfalt nicht nur den klassischen Quotenmodellen überlegen sind, sondern auch so genannten Bonus-/Prämienmodellen.

Zur Kampagne der INSM wäre noch viel zu schreiben, dies sprengt hier aber leider den Rahmen. Festzuhalten bleibt, dass sich offensichtlich auch unser Umweltminister von der INSM beraten lässt, zumindest finden sich die Grundthesen im oben genannten 10 Punkte Programm von Altmaier wieder.

Eigentlich wäre es sinnvoller, sich mit den wirklichen Problemen für die Energiewende zu befassen und darüber zu streiten. Das ist leider schwierig, wenn das Wort Energiewende nur in den Mund genommen wird, obwohl das Gegenteil gewollt ist.

Nicht die EEG-Umlage ist der Sünden-



Solarpark bei Berlin

Foto: Stachel

bock, sondern die Bundesregierung, die die Umlage aufbläht, um sie politisch zu diskreditieren und abzuschaffen. Denn das EEG geht den etablierten Stromkonzernen an die wirtschaftliche Substanz.

Impressum

Herausgeber: Verein zur Förderung alternativer Publizistik e.V.

V.i.S.d.P.: Ernst John

c/o Alternative Liste Spandau,
Stachelredaktion, Jagowstr. 15,
13585 Berlin,

Tel.: 335 97 14 Fax: 336 02 73

E-mail: ALSpandau@freenet.de

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder

Wie weiter mit den Riesefeldern ?

Nachdem der Verkauf der Rieselfelder in Gatow durch die Berliner Wasserbetriebe zunächst abgewendet werden konnte, stellt sich die dringende Frage, wie es künftig mit den Feldern weitergeht. In der Spandauer BVV herrscht fraktionsübergreifend Konsens, dass die Rieselfelder als Freifläche erhalten bleiben sol-

teren Entscheidungen zur Zukunft der Rieselfelder sein. Aufgrund der Schadstoffe im Boden ist das Bewässern der Flächen seit einiger Zeit verboten. Grundlage dieser Entscheidung ist ein Fachgutachten, das von einem Auswaschen der Schadstoffe durch die Bewässerung ausgeht. Die Schadstoffe wie etwa Schwermetalle sol-



Bewässern (noch) verboten

len. Doch gerade die landwirtschaftliche Nutzung ist unter den heutigen Bedingungen schwierig. Die Senatsverwaltung in Berlin hat das Bewässern der Rieselfelder untersagt. Für den Futtermittelanbau (z. B. Mais) ist die natürliche Regenmenge allerdings kaum ausreichend.

Bodengutachten als Grundlage vor weiteren Entscheidungen

Ein von den Berliner Wasserbetrieben in Auftrag gegebenes Bodengutachten wird die wichtigste Grundlage aller wei-

ten dadurch schneller ins Grundwasser gelangen.

Diese Ansicht ist allerdings umstritten. Kritiker sagen, dass die ohnehin bereits im Grundwasser nachweisbaren Schadstoffe auch durch den nicht vermeidbaren natürlichen Niederschlag ausgewaschen werden. Eine an der TU Berlin 2001 vorgelegte Doktorarbeit kommt u. a. zu dem

Foto: Stachel

Schluss, dass angesichts der Vielzahl von Schadstoffen mit unterschiedlichen Eigenschaften eine Ideallösung nicht möglich scheint (http://opus.kobv.de/tuberlin/volltexte/2001/281/pdf/savric_irena.pdf).

Eine geringfügige Bewässerung in den Sommermonaten wird in der Arbeit aber nicht ausgeschlossen. Für die Landwirtschaft wäre eine Lockerung des Bewässerungsverbotes ein Segen. Gras und Mais werden zur Gewinnung von Tierfutter auf Teilflächen der Rieselfelder angebaut, wo-

Berichte der Bezirks- verordneten der Alternativen Liste

durch die Flächen einen landwirtschaftlichen Charakter erhalten. Durch die Schadstoffe im Boden dürfen die Erträge ausschließlich als Tierfutter genutzt werden. Ohne Bewässerung sind die Erträge aber deutlich zurückgegangen. Fraglich ist, ob sich das Pachten der Flächen für die landwirtschaftlichen Betriebe auf Dauer bei anhaltendem Bewässerungsverbot noch lohnt.

Das Bodengutachten und die aus ihm zu ziehenden Schlüsse haben weitreichende Konsequenzen darauf, wie die Rieselfelder in der Zukunft aussehen werden.

Gemeinsamer Antrag wird vorbereitet

Sowohl die Zählgemeinschaft aus GAL und SPD als auch die CDU stellten in der Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung vom 28. September 2012 Anträge zum Erhalt der Rieselfelder. Auf Vorschlag der CDU wird nun in einer Arbeitsgruppe versucht, daraus einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen zu formulieren. Bemerkenswert ist, dass die CDU ausdrücklich auch den Einzelverordneten der Linken zur Mitarbeit eingeladen hat. Bisher hatte die CDU es stets abgelehnt, Anträge gemeinsam mit der Linken zu stellen.

der seit 2011 auch Mitglied der Spandauer BVV ist. Der Zahl der Bedürftigen steigt stetig.

Dank der Mehrheit von SPD und GAL stimmte der Haushaltsausschuss dem Antrag trotz der CDU-Enthaltung zu. Für die GAL-Fraktion ist die Haltung der CDU-Fraktion inakzeptabel. Hunderte ehrenamtliche Helferinnen und Helfer packen jedes Jahr die Pakete und verteilen sie an bedürftige Spandauerinnen und Spandauer. Nur ein Bruchteil der Kosten von rund 25.000 Euro wird aus BVV-Sondermitteln gedeckt. Aus Sicht der GAL sind die BVV-Sondermittel gerade angesichts der zunehmenden Bedürftigkeit gut geeignet, um „Weihnachten für Alle“ zu unterstützen.

Stattdessen ruft die Spandauer CDU und der Bundestagsabgeordnete Kai Wegner die

Fortsetzung Seite 5

Nicht nur Geschenke und Süßigkeiten

Spandauer CDU verschweigt Missionsauftrag der Aktion „Weihnachten im Schuhkarton“

Die CDU-Fraktion hat sich in der Sitzung des Haushaltsausschusses am 26. Oktober 2012 bei einem Antrag zur finanziellen Unterstützung der Aktion „Weihnachten für Alle“ aus Sondermitteln der BVV enthalten. Begründet wurde die Enthaltung damit, dass eine regelmäßige finanzielle Unterstützung der Aktion eines SPD-Bezirksverordneten abzulehnen ist und mehr Spenden eingeworben werden sollen. Was die CDU nicht erwähnt: Bis 2003 waren im Bezirkshaushalt Gelder vorgesehen, so dass an bedürftige Spandauerinnen und Spandauer vom Sozialamt alljährlich Weihnachtspakete ausgegeben werden konnten. Nach Streichung der Mittel gab es

zwei Jahre lang keine Pakete mehr. Dank des Engagements der Sportvereine, die in der Bruno-Gehrke-Halle trainieren, wurde die Tradition der Weihnachtspakete seit 2005 unter dem Motto „Weihnachten für Alle“ weitergeführt. Initiator und Organisator war und ist Jürgen Kessling,



Danaergeschenke zu Weihnachten?

Abriss des Auswandererbahnhofs:

Spandaus respektloser Umgang mit historischer Bausubstanz



Auswandererbahnhof einst und jetzt

Foto: Stachel

Der achtlose Umgang Spandaus mit historischen Gebäuden hat sich mit dem Abriss des letzten verbliebenen Gebäudes des Auswandererbahnhofs an der Freiheit fortgesetzt. In Spandau erinnert jetzt nichts mehr an den im ausgehenden 19. Jahrhundert errichteten Bahnhof und das später u. a. darin eingerichtete Internierungslager für britische Staatsbürger während des ersten Weltkriegs. Für Millionen von Auswanderern aus Osteuropa war der Auswandererbahnhof Zwischenstation vor der Weiterfahrt zu den Überseehäfen Bremens und Hamburgs.

Spandau hat den letzten Hinweis auf eine historische Stätte verloren, die wie

Fotsetzung von Seite 4
Spandauerinnen und Spandauer zur Unterstützung der Weihnachtsaktion „Weihnachten im Schuhkarton“ auf. Trotz eines Links zur Internetseite des Initiators, dem Verein „Geschenke der Hoffnung e.V.“ mit Sitz in Lankwitz, verschweigt die CDU, dass der Verein einen evangelikalen Missionsauftrag verfolgt. Den Kindern in Georgien, Moldawien, Bulgarien und im mehrheitlich muslimischen Kosovo wird mit dem Paket eine Broschüre geschenkt, in der in Comicform biblische Geschichten erzählt werden. Produziert wird die Broschüre von der US-amerikanischen Evangelikalen-Organisation „Samaritan's Purse“. Die Aktion „Weihnachten im Schuhkarton“ ist deutschsprachiger Ableger ihrer Aktion „Operation Christmas Child“.

Hierzu erklärt Angelika Höhne, Vertreterin der GAL-Fraktion im Haushaltsausschuss: „Mit ihrer diesjährigen Enthaltung im Haushaltsausschuss und der angekündigten künftigen Ablehnung gleich-

kaum eine zweite im Bezirk sowohl an die Geschichte der osteuropäischen Auswanderung in die USA als auch an die Zeit des ersten Weltkrieges erinnerte. Jahrzehntlang wurde versäumt, sich für den Erhalt des Gebäudes einzusetzen.

Mit dem Abriss wurde die Tradition Spandaus im Umgang mit historischen Gebäuden fortgesetzt, wenn man einmal von der Zitadelle absieht. Schon in den 60er und 70er Jahren des 20. Jahrhunderts wurde intakte, unzerstörte Bausubstanz in Spandau abgerissen. Beispiele hierfür sind etwa die im zweiten Weltkrieg weitgehend unbeschädigten Gebäude, die dem Karstadt-Bau weichen mussten und die Zerstörung des historischen Straßenzuges in der Havelstraße während des U-Bahn-Baus.

Auch der Parkplatz am Stabholzgarten hinter dem Rathaus war einst bebaut. Bis in die 70er Jahre stand hier ein intakter Militärbau. Die behaupteten baulichen, irreparablen Mängel, die zum Abriss führten, stellten sich hinterher als falsch heraus. In Höhe der Dammbrücke, die vom

lautender Anträge zeigt die CDU, dass ihr Mitgefühl für bedürftige Menschen eigennützig ist. Dieser Eindruck wird durch die von ihr unterstützte Aktion „Weihnachten im Schuhkarton“ verstärkt: Die Übergabe der Pakete ist mit der Belehrung über den vorgeblich wahren Glauben verbunden. Wir gönnen jedem Kind in Südosteuropa die Freude über ein Weihnachtspaket aus Spandau – aber ohne den Versuch der Missionierung. Es ist skandalös, dass der CDU-Bundestagsabgeordnete Kai Wegner die Spandauerinnen und Spandauer über den Missionarsauftrag und die verbreitete Broschüre nicht direkt und offen informiert.“

Im Gegensatz hierzu erfolgt die Verteilung der Pakete in Spandau durch unterschiedliche Organisationen und Institutionen und ist nicht an Bedingungen geknüpft. Der Bedarf ist bei weitem noch nicht gedeckt. Jede zusätzlich eingeworbene Spende führt zu mehr Paketen. In diesem Jahr hat sich der Verein zum Ziel gesetzt, 800 Pakete zu packen.

Kolk in Richtung des heutigen Brauhauses führt, stand bis in die 80er Jahre ebenfalls ein historisches Gebäude, das sich an die Stadtmauer schmiegte. Noch heute erkennt man, in welcher Höhe sich das Dach befand.

Die Liste der Zerstörungen ließe sich fortsetzen. Fraglich ist, ob sie mit dem Abriss der Baracke des Auswandererbahnhofs ein Ende gefunden hat. Ohne Respekt vor historischen Gebäuden droht Spandau die Gesichts- und Geschichtslosigkeit. Die GAL-Fraktion wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass der Auswandererbahnhof im kollektiven Gedächtnis Spandaus bleibt.

Beweidung der Gatower Wiesenlandschaft dringend erforderlich

Das Gelände des geplanten Landschaftsparks Gatow droht zu überwuchern und bedarf dringend der Pflege. Die wertvollen Biotope und damit der Lebensraum für zahlreiche gefährdete Tier- und Pflanzenarten drohen zu verschwinden. Die GAL-Fraktion fordert daher von den zuständigen Behörden BimA (Bundesanstalt für Immobilienaufgaben) und Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, umgehend mit der Pflege der Flächen zu beginnen. Die Beweidung der Flächen, die in Berlin schon an vielen Stellen erfolgreich durchgeführt wird, ist in jedem Fall einer Mahd vorzuziehen. Denkbar ist eine Zusammenarbeit mit in Gatow und Kladow ansässigen Landwirten.

Auch in diesem Jahr konnten wieder zahlreiche Vogelarten nachgewiesen werden, die erfolgreich auf den Wiesen gebrütet haben. Schwarzkehlchen, Braunkehlchen, Feldlerchen, Neuntöter und Graumammer sind Vogelarten, die auf eine



offene Landschaft angewiesen sind. Ohne eine Beweidung der Flächen werden sie über kurz oder lang verschwinden.

Die Bezirksverordneten der GAL

erreichen Sie über die
Alternative Liste Spandau
KV von Bündnis 90/Die Grünen
Mo - Fr 13:00 - 14:00h und nach Vereinbarung
Jagowstr. 15, 13585 Berlin
Tel.: 335 97 14 Fax: 336 02 73
E-Mail: ALSpandau@freenet.de

Kurt Beck lobt – die EU ermittelt

Der Tabakmulti Japan Tobacco unter dem Verdacht des Zigaretenschmuggels

Nach Berichten des Wall Street Journal ermittelt die EU-Behörde für Betrugsbekämpfung gegen den Tabakkonzern Japan Tobacco International (JTI). Dieser soll vier Tage nach Inkrafttreten der EU-Sanktionen gegen Syrien 450.000 Stangen Zigaretten über einen zyprischen Zwischenhändler an die Firma Syria Duty Free Shops geliefert haben. Die Firma steht teilweise unter der Kontrolle einer regime-treuen Familie, die nach Angaben der USA und der EU finanzielle Hilfe bei der blutigen Niederschlagung des syrischen Widerstands leistet.

Sollten sich die Vorwürfe gegen JTI bestätigen, fordert das Forum Rauchfrei Konsequenzen auch in der deutschen Politik. Besonders der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck, der sich noch

vor kurzem bei einer Werksbesichtigung lobend über JTI geäußert hatte, steht dann



Nicht nur auf Zigaretenschachteln Foto: Archiv

in der Pflicht, sich deutlich von dem Tabakkonzern zu distanzieren.

Der Konzern ist der drittgrößte Zigarettenproduzent der Welt, zu seinen bekanntesten Marken gehören Camel und Winston. Er unterhält auch eine Produk-

tionsstätte im rheinland-pfälzischen Trier, wo ca. 1.700 Mitarbeiter jährlich 54 Milliarden Zigaretten herstellen.

JTI belieferte auch die staatliche syrische Tabakfirma GOT mit 4,2 Millionen Stangen Zigaretten der Marke Winston – zu einem Preis von 24 Cent pro Schachtel.

Auch wenn GOT zu diesem Zeitpunkt noch nicht auf der Sanktionsliste stand, bedeutet dies einen Riesengewinn für das syrische Regime, da die Zigaretten laut Aussage syrischer Dissidenten mit hohem Aufpreis verkauft werden konnten. Auch würden Zigaretten als Bezahlung für die berüchtigten Shabiha-Milizen benutzt. JTI bestritt die Vorwürfe.

Das Forum Rauchfrei hat sich bei dem Petitionsausschuss des Landesparlaments von Rheinland-Pfalz über das Lob des Ministerpräsidenten für den Tabakkonzern während seiner Werksvisite beschwert. Seit Monaten wird das Forum mit Zuständigkeitsfragen vertröstet. Nun wird es so sein, dass die Antwort nach der Beck-Ära in Berlin eintrifft...

Johannes Spatz

Gesundheitliche Gefahren durch E-Zigaretten für PassivraucherInnen nicht auszuschließen

Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) hat einige typische Inhaltsstoffe von E-Zigaretten-Liquids wie Nikotin, Vernebelungsmittel, Zusatz- und Aromastoffe bewertet: Die Dämpfe dieser Substanzen können die Gesundheit von E-Rauchern beeinträchtigen. Gefahren für Dritte sind nach derzeitigem Kenntnisstand nicht auszuschließen. Angesichts eines großen und wachsenden Produktspektrums an Liquids für E-Zigaretten ist nicht im Detail bekannt, was ein E-Raucher im konkreten Fall tatsächlich inhaliert bzw. ausatmet und mit welchen Schadstoffen die Atemluft belastet wird. Durch den Einsatz von nachfüllbaren Kartuschen haben die Konsumenten nahezu unbegrenzte Möglichkeiten zum Experimentieren und Zusammenstellen eigener Liquids, wobei auch Konzentrate und bedenkliche Substanzen verwendet werden können. Eine Bewertung der tatsächlichen Risiken für Unbeteiligte ist daher nicht möglich. Zum Schutz von Verbrauchern sollten E-Zigaretten deshalb in Nichtraucherbereichen herkömmlichen Tabakprodukten gleichgestellt sein. „Das Rauchen von E-Zigaretten sollte nur in Raucherzonen erlaubt sein“, sagt BfR-Präsident Professor Dr. Dr. Andreas Hensel. „So können E-Zigaretten Passivraucher nicht gesundheitlich beeinträchtigen.“

Das BfR geht davon aus, dass von der

E-Zigarette und ihren Liquids gesundheitliche Risiken ausgehen. Ursache dafür können neben Nikotin auch das Vernebelungsmittel Propylenglycol, Chemikalienzusätze wie pharmakologische Wirkstoffe sowie verschiedene Duft- und Aromastoffe (z.B. Menthol, Linalool) und Verunreinigungen sein. Es gibt Hinweise aus der Fachliteratur, dass einige Fabrikate von E-Zigaretten auch krebserzeugende Aldehyde freisetzen. Die verschiedenen Substanzen werden in Form von Emissionen über die Dämpfe der E-Zigaretten und den Atem der E-Raucher in die Umgebungsluft abgegeben. Gefahren für Dritte können nach jetzigem Kenntnisstand deswegen nicht ausgeschlossen werden.

E-Raucher können auch eigene Liquids mischen und dabei auf Konzentrate und vielfältige Zusätze und Substanzen zurückgreifen. In diesen Fällen ist unklar, was genau ein- und ausgeatmet wird. Unbeteiligte können im konkreten Fall nicht einschätzen, ob von den freigesetzten Emissionen gesundheitliche Gefahren ausgehen.

Das BfR empfiehlt daher, das Rauchen von allen E-Zigaretten in Nichtraucherzonen zu untersagen und diese Produkte im Sinne des Nichtraucherschutzes wie herkömmliche Zigaretten zu behandeln. Auch im Privatbereich sollten E-Zigaretten wie herkömmliche Zigaretten gehand-

habt werden: d.h. sie sollten nicht im Beisein von empfindlichen Personen wie Kindern, Schwangeren und Kranken geraucht werden.

Johannes Spatz

Reemtsma wirbt vor einer Kita für Gauloises



Das Forum Rauchfrei hatte sich bei einer Kita im Bezirk Pankow (Prenzlauer Berg) über Zigarettenwerbung auf einem Kinderfahrradständer beschwert. Hier würden Kleinkinder bereits in ihrem Alltag an Tabakprodukte herangeführt. Sofort wurde uns von der Kitaleitung zugesagt, dass das Schild abmontiert werde. Am nächsten Morgen war das Schild mit dem Gauloises-Logo verschwunden. Es ist unglaublich was sich die skrupellose Tabakindustrie alles ausdenkt.

Nazi Hetzbrief auch in Spandau

Nicht mehr als eine kurze Notiz war es in Frühjahr der Presse wert, als ein Bundesweit verteilter faschistischer Hetzbrief von acht Seiten auch in die Berliner Briefkästen unserer ausländischen Mitbürger/innen verteilt wurde. Die Mieter mit einem deutschen Namen wussten somit meistens gar nicht, dass ein großer Teil ihrer Nachbarschaft seit dieser „Post“ in Angst lebte.

Der Inhalt des braunen Machwerks ist von der rechtsradikalen Gruppierung „Neue Gemeinschaft von Philosophen“. Neben nationalistischer, rassistischer und antisemitischer Hetze verunsicherte sie aber die Kernaussage dieser Faschisten. Sie bedrohten die Betroffenen offen mit „standrechtlichem Erschießen“, wenn sie nicht bis zu einer bestimmten Frist Deutschland verlassen haben. Diese Nazitruppe verbreitete nicht zum ersten Mal ethnische Diskriminierungen. Und sie ist den Behörden nicht unbekannt. Aber durch die Morddrohung, der bundesweiten Auflage und das not-

wendige breites Netzwerk von „Laufburschen“, die ungestört an die Briefkästen kommen, hat diese widerliche Aktion eine Dimension erreicht, die alle Kräfte



te unserer Gesellschaft aufmerksam machen sollte.

Prompte Antwort

Spandauer/innen aus der Neustadt erkannten die Ängste ihrer Nachbarn und haben sich zu einer Aktion entschieden,

die ein klares Zeichen der Solidarität setzt. Zusammen mit den Jugendlichen des BDP Mädchenladens Spandau wurde ein Logo erstellt, dessen Botschaft gezielt an die Betroffenen gerichtet ist. „Wir sind ein Kiez!“ ist dort zu lesen. Das Logo wird sich in den nächsten Wochen und Monaten auf einem DIN A 4 Fensterplakat wieder finden. Die Idee der Jugendlichen

ist simpel und doch eindrucksvoll: Durch das einfache Anbringen im eigenen Fenster kann jede/r selber und deutlich seine Solidarität im Straßensbild zeigen. Nicht gegen die Nazis, sondern für die Betroffenen! Da auch wir strikt rechtspopulistischen Aktionen, rechtsextremen Parteien, Gruppierungen und Initiativen entgegen treten, unterstützen wir diese Initiative, die das Potenzial für einen Berlinweiten Selbstläufer hat. Die Aktion der Jugendlichen, die auch vom Runden Tisch Spandau unterstützt wird, hat bereits Nachfragen aus benachbarten Bezirken erreicht und verschiedene Initiativen helfen bei der Verbreitung. Wir bitten daher auch Sie, bei den ausgelegten Plakaten zuzugreifen.

Bürgerinnen und Bürger haben ein Anrecht auf Lärmschutz

In diesem Jahr fiel das Oktoberfest auf dem ehemaligen Güterbahnhofsgelände am Brunsbütteler Damm hinter den Spandauer Arcaden aus. Der Veranstalter hatte darauf verzichtet, einen Antrag zur Durchführung des Festes zu stellen. Der Grund: Im vergangenen Jahr hatte es aufgrund des Lärms aus dem Festzelt Beschwerden von 10 Anwohnerinnen und Anwohnern gegeben. Daher wären zusätzliche Schallschutzmaßnahmen erforderlich geworden.

Debatte über Oktoberfest in der BVV

In der Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung vom 26. September 2012 wurde über das Oktoberfest diskutiert: Deutlich wurde wieder einmal, dass lärmgeplagte Bürgerinnen und Bürger von den anderen Fraktionen gern als Verhinderer dargestellt werden, die dem Bezirk Schaden zufügen. Wie schon bei früheren Diskussionen z. B. zu den Zitadellenkonzerten wird meist erwartet, dass zusätzlicher Lärm hinzunehmen ist. Die geltenden Bundes- und Landesgesetze zum Lärmschutz sollen doch bitte hinter ein angebliches Allgemeinwohl zurückgestellt werden.

Die GAL-Fraktion schließt sich dieser Ansicht nicht an. Die Beschwerden kamen im vergangenen Jahr auch aus der Seegefelder Straße, nicht nur von Anwohnerinnen und Anwohnern des Brunsbütteler Damms. Nach Aussagen des Bezirksamtes wurden die zulässigen Grenzwerte teilweise um 13 Dezibel überschritten. Ohne zusätzliche Schallschutzvorkehrungen hätte das Festzelt in die-



Rummel in Spandau Foto: Stachel

sem Jahr nicht genehmigt werden können. Doch hierzu war der Veranstalter nicht bereit. Stattdessen wurde sein Oktoberfest in Marzahn-Hellersdorf genehmigt – allerdings unter anderen Bedin-

gungen und deutlich verkleinert.

Der an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Spandauer Umweltamtes gerichtete Vorwurf, besonders kleinlich zu sein, während in Marzahn-Hellersdorf eine Willkommensatmosphäre gegenüber Schaustellern herrsche, entbehrt jeder Grundlage. Nach Ansicht der GAL-Fraktion werden die geltenden Gesetze in Spandau sehr sorgfältig und ernsthaft angewandt, bevor Genehmigungen für mit Lärm verbundene Veranstaltungen erteilt werden – genau das ist die Aufgabe einer Verwaltung.

GAL gegen großzügigeren Umgang mit Gesetzen

Die GAL-Fraktion wird politisch gegen alle Versuche angehen, die Lärmschutzgesetze großzügiger im Sinne von Veranstalterinnen und Veranstaltern auszulegen. Ein Auge zudrücken mit der Begründung, dass es bei Veranstaltungen nun mal etwas lauter zugehe und man schließlich in einer Großstadt lebe, ist inakzeptabel.

Dem Frühlingfest dürfte übrigens nichts entgegenstehen, wenn der Veranstalter denn will. Der Lärm von Fahrgeschäften wie Autoscooter, Riesenrad und Achterbahn stellt für eine Genehmigung keinen Hinderungsgrund dar. Die problematische Lärmquelle ist das Festzelt. Und das wird auf dem Frühlingfest gar nicht aufgebaut.

Ein Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz für Berlin

Mit der Vorlage eines Entwurfs für ein Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz möchten Bündnis 90/Die Grünen einen Paradigmenwechsel für die Verwaltung herbeiführen. Wir wollen, dass die öf-

fentliche Verwaltung und nachgeordnete Behörden gesetzlich verpflichtet werden, ihre Daten kostenfrei im Internet zur Verfügung zu stellen. Damit wird das bisherige Recht auf Informationen auf Antrag wesentlich erweitert zu einem Informationszugangsrecht.

jedoch bisher auf Freiwilligkeit. Eine umfassende Veröffentlichungspflicht einzuführen, stellt die Verwaltung vor eine große Herausforderung. Das ist uns sehr bewusst. Deswegen soll sie auch zwei Jahre Zeit bekommen, um diese Erfordernisse erfüllen zu können. In der Zwischenzeit soll natürlich trotzdem das schon vorhandene Datenportal gefüllt werden.



Grüne im Plenarsaal

Foto: Archiv

Der Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger ist vielfältig. Ob Informationen über Lebensmittelprüfungen, öffentliche Verträge, Verkehrsangebote, Finanzströme der öffentlichen Ausgaben, Baumfällungen oder ganz einfach die Telefonlisten der Verwaltungsmitarbeiter/innen – alles stünde dann im Internet zur Verfügung. Dabei sind die Open-Data-Prinzipien einzuhalten, d. h. die Daten müssen in offenen Formaten strukturiert und maschinenlesbar sein, damit sie sich weiterverwenden lassen. Dadurch ermöglichen wir ganz bewusst die kommerzielle Weiterverarbeitung zu Apps oder anderen Formaten. Damit wollen wir auch Impulse an die hiesige Softwarebranche geben, die in Berlin seit Jahren einen vielversprechenden Boom erlebt. Darüber hinaus sind die Verwaltungen selbst gefordert, Daten so aufzubereiten, dass sie für die Allgemeinheit verständlich und erklärend sind. Auch diese Informationen wären nach unserem Gesetz zusätzlich zu den Rohdaten zu veröffentlichen.

Schon seit September 2011 existiert ein OpenData-Portal der Berliner Verwaltung (www.daten.berlin.de). Dies zu füllen beruht

zient. Trotzdem bleibt der Datenschutz gewahrt: Private Daten und persönliche Daten zu Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bleiben tabu.

Wir haben uns bei dem Gesetzentwurf am Hamburger Transparenzgesetz orientiert, das dort von allen Fraktionen eingebracht und im Juni verabschiedet wurde. Es war die Folge eines Volksbegehrens von Mehr Demokratie e.V., Transparency International und dem Chaos Computer Club. Was in Hamburg im Verbund aller Fraktionen mit Initiativen möglich war, sollte für Berlin Vorbild sein. Allerdings haben SPD und CDU in Berlin schon signalisiert, dass sie erst mal kein Transparenzgesetz wollen. Sie möchten stattdessen abwarten, wie sich das in Hamburg entwickelt. Damit würden wir allerdings mindestens drei wertvolle Jahre verlieren.

Wir erhoffen uns zu unserem Gesetzentwurf eine breite Diskussion, genauso wie zu dem von den Piraten und den Linken angekündigten Entwurf. Wir werden dazu einen breiten Dialog außerhalb und innerhalb des Parlamentes suchen. Auch online können Änderungsvorschläge gemacht werden (www.gruene-fraktion-berlin.de).

Mit diesem Vorhaben verfolgen wir weiter eine Linie, auf die sich die Partei Bündnis 90/Die Grünen begründet.

Der Landesverband der Berliner Grünen hieß bis zur Fusion mit der Bürgerbewegungspartei Bündnis 90 ja Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz. Aus der Tradition beider Parteien gehört Transparenz genauso zu unserem Selbstverständnis wie Bürger/innenbeteiligung und Datenschutz. Diese bündnisgrünen Grundprinzipien waren und sind die notwendigen Instrumente zur Aufklärung von Umweltskandalen, staatlicher Restriktionen und gegen Filz und Korruption. So geht das vorhandene Informationsfreiheitsgesetz von 1999 auch auf unsere Initiative zurück.

Transparenz soll auch für Tätigkeiten und Einkünfte von Abgeordneten gelten, genau so wie die Offenlegung von Lobbyeinflüssen auf die Gesetzgebung. Auch dazu haben wir auf Initiative meines Fraktionskollegen Dirk Behrendt mehrfach Anträge eingebracht. Gleichzeitig haben wir immer den Schutz vor staatlicher Sammelwut persönlicher Daten und seit dem digitalen Zeitalter auch der Privatwirtschaft im Blick. Wir wollen weiterhin ein Motor für ein Höchstmaß an Transparenz sein bei Achtung der Rechte aller Beteiligten.

Thomas Birk, MdA

Besuchen Sie uns auch auf unserer Homepage

www.alspandau.de

oder auf unserer Seite



Alternative Liste Spandau



Die Bezirksgruppe der Alternativen Liste Spandau trifft sich jeden Montag um 20 Uhr im AL-Laden in der Jagowstr. 15.

Dort besprechen wir die aktuellen politischen Ereignisse, die grüne Politik und die Bezirkspolitik. Wir bereiten die BVen vor und mandatieren unsere Vertreterinnen in den grünen Gremien.

Jeden Dienstag trifft sich die AG - Öffentlichkeitsarbeit und die Stachelredaktion.

Gäste sind uns herzlich willkommen.